

965/A XX.GP

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Partik - Pablè, Scheibner, Lafer
und Kollegen
betreffend Fehlentwicklungen in der Fremdenpolitik

Die österreichische Bevölkerung erreichte mit Jahresende 1997 einen Stand von 8.075.425 Personen, wovon 734.340 legale ausländische Mitbürger waren. Die Zahl der Ausländer steigt ständig. Neben diesen vom Österreichischen Statistischen Zentralamt ausgewiesenen Zahlen befinden sich nach Expertenschätzungen noch mehrere hunderttausend Ausländer illegal in Österreich, sodaß rund eine Million Fremde in Österreich leben.

Österreichweit ist bereits jede achte Person Ausländer. In Wien ein Fünftel der Bevölkerung. 1998 sind 19.600 ausländische Kinder in österreichischen Schulen. Jedes vierte in Wien geborenen Kind ist das von ausländischen Eltern. Allein 484 Mio. Schilling wurden im Jahre 1997 für Notstandshilfe inklusive Sozialversicherungsabgaben an Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft ausgegeben.

Die Folgen des hohen Ausländeranteils sind:

1. Arbeitsmarkt:

- neuzugewanderte - überwiegend - Billig - und Billigstlohnarbeitskräfte verdrängen österreichische Arbeitnehmer und langjährig in Österreich beschäftigte Gastarbeiter
- tausende Ausländer werden zu Arbeitslosen - und Notstandshilfebeziehern

2. Wohnungsmarkt:

- * weitere Verknappung der Wohnungen und steigende Wohnungspreise

3. negative Auswirkungen im Bereich des Schulwesens:

- vor allem in Ballungszentren sind in Volks - und Hauptschulen inländische Kinder bereits in der Minderheit
- Verminderung der Qualität des Unterrichts und negative Auswirkungen auf den Lernerfolg der Kinder
- Österreicher sind gezwungen ihre Kinder in Privatschulen zu schicken
- Verschärfung des Problems durch den durch die Bundesregierung forcierten Familiennachzug

4. Einbürgerung:

- Explosionsartiges Ansteigen der Einbürgerungen:

	1989	1996	1997
Einbürgerungen in Österreich	7.305	15.627	15.792

Mit dem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz, ab 1.1.1999 gelten folgende Erleichterungen:

- Verkürzung der Wartefrist für die Staatsbürgerschaftsverleihung kraft Rechtsanspruch von 30 auf 15 Jahre
- Herabsetzung der Wartefristen von zehn auf vier Jahre bei "besonders berücksichtigungswürdigen Gründen"
- Keine bundeseinheitliche Regelung für den Nachweis der Kenntnisse der deutschen Sprache als Integrationsvoraussetzung und keine Prüfung der deutschen Sprache. (entsprechende Kenntnisse der deutschen Sprache sind nicht in Form einer Prüfung nachzuweisen, sondern sind von der jeweiligen Behörde nach den Lebensumständen des Betroffenen zu beleuchten)
- Keine ausreichenden Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von Scheinehen

5. Ausländerzuzug:

- Trotz des hohen Ausländeranteils kein Abgehen von der Familienzusammenführung (Schätzungen zufolge warten 150.000 Fremde auf Familienzusammenführung)

- Erhöhung der Beschäftigungsbewilligungen von 4.500 für 1998 auf 5.500 für 1999 trotz erhöhter Arbeitslosigkeit im Inland
- Studenten unterliegen nicht der Quotenpflicht
- Aufenthaltsverfestigung
- Seit dem Bürgerkrieg in Bosnien sind 95.000 Bosnier nach Österreich geflüchtet; davon sind 70.000 in Österreich geblieben (haben also eine Aufenthaltsbewilligung und eine Arbeitsbewilligung bekommen)
- Derzeit befinden sich noch etwa 2.200 der bosnischen Flüchtlinge in Bundesbetreuung
- Die von Bund und Ländern in den Jahren 1992 bis 1998 getragenen Gesamtkosten für die Betreuung der bosnischen Kriegsflüchtlinge und die Rückkehrhilfe machten 5 Mrd. Schilling aus.

6. Fremdenkriminalität:

- 1997 beträgt allein der Prozentanteil der fremden Tatverdächtigen an allen Tatverdächtigen bei den Verbrechen 30,9%
Besonders hoch war der Anteil der Fremden zum Beispiel bei den Delikten Mord (31,0%), Körperverletzung mit tödlichem Ausgang (33,3%), bewaffneter, gewerbsmäßiger Bandendiebstahl (54,6%), räuberischer Diebstahl (35,1 %), Bandenbildung (60,3%), Raubmord an Passanten (80%), Kreditkartenbetrug (65,3%).
(Wobei jedoch die zur seriösen Relativierung der fremden Tatverdächtigen notwendigen statistischen Daten über nur vorübergehend aufhältige Fremde in Österreich fehlen und Aussagen zur Fremdenkriminalität nur hinsichtlich der geklärten Fälle gemacht werden können).
- 27% der Inhaftierten in den Gefängnissen sind Ausländer, in manchen Haftanstalten auch bis 40%.

7. Illegale Einwanderung und Schlepperei:

- Explosionsartiges Ansteigen der illegalen Einwanderung (gegenüber dem Vorjahr Steigerung von 26%)
- Ein Drittel der Migranten gibt Österreich bereits als bevorzugtes Zielland an
- Schlepperei ist das lukrativste Geschäft der organisierten Kriminalität (Verdoppelung der aufgegriffenen Schlepper)

	Illegale Einreisen	Schlepper
1994	6.332	854
1995	9.925	1.307
1996	10.043	1.282
1997	11.432	1.741
1998 (ersten drei Quartale)	ca. 13.000	mehr als 2.000

.Durch "Sondersituationen" wie jüngst am Brenner hervorgerufene Migrationsströme
Dieser neue Migrationsstrom wurde offenbar durch die Ankündigung der italienischen Regierung ausgelöst die jedem illegal Aufhältigen, der ein Arbeitsverhältnis in Italien nachweisen kann, die nachträgliche Legalisierung durch eine Aufenthaltsbewilligung versprach Verschärft wird diese Situation durch den Entschluß des mittlerweile von Grünen und Sozialdemokraten regierten Deutschlands, bis zum Jahresende 200.000 bis 300.000 Illegale bzw. Ausländer, deren Aufenthaltsgenehmigungen in diesen Wochen auslaufen, aus Deutschland abzuschieben. Diese treten nunmehr verstärkt die "Flucht" an und kommen dabei auf ihrem Weg oder auch mit Endstation nach Österreich.

8. Asyl:

Zunahme der Asylananten um 56% im ersten Halbjahr 1998

Asylanträge	1998	1997
Jänner	724	478
Februar	706	487
März	804	475
April	703	558
Mai	681	396
Juni	909	505
Juli	1.112	564
August	1.281	650
September	2.050	629
Oktober	1.750	718
Summe	10.720	5.450

(Aus der Migrationsstatistik des Bundesministeriums für Inneres)

- Österreich ist bevorzugtes Zielland für Flüchtlinge
- Jeder dritte Kosovo - Albaner möchte in Österreich bleiben
- Vorläufige Aufenthaltsberechtigung

9. Schubhaft:

- Mangelnder Vollzug der Schubhaft:
 - Zuwenig Schubhaftplätze

- Freipressungen durch Hungerstreik
- Widerstand gegen die Ausreise

10. EU - Ostererweiterung:

- Gefahr einer gigantischen Einwanderungswelle nach Österreich (laut Meinungen von Wirtschaftsforschern ist EU - weit mit einem Migrationspotential von 700.000 Zuwanderern zu rechnen)
 - Import von Kriminalität aus dem Osten
 - Ausweitung der kriminellen Netze durch den vernachlässigten Grenzschutz der meisten osteuropäischen Staaten
 - Anwachsen der organisierten Kriminalität
 - Weitere Belastung des Arbeitsmarktes
- Wie diese Beispiele zeigen, ist die Lage unzureichend und es besteht dringender Handlungsbedarf. Nach einer jahrelangen Fehlentwicklung, auf die die Freiheitliche Partei immer wieder hingewiesen hat, müssen endlich Reaktionen folgen und Maßnahmen gesetzt werden.
- Die neue deutsche Regierung hat anlässlich ähnlicher Probleme die Zeichen der Zeit klar erkannt und in diesem Zusammenhang hat der neue deutsche Innenminister Otto Schily klare Worte, die in Österreich vermisst werden, gesprochen: "Deutschland kann einen weiteren Zuzug von Ausländern nicht mehr verkraften ... Die Grenze der Belastbarkeit durch Zuwanderung ist überschritten ... Die Zuwanderungsquote müßte auf Null verringert werden."

Auch für Österreich gilt dasselbe: "Das Boot ist voll", die Grenze der Belastbarkeit durch die Zuwanderung ist überschritten.

Durch die kurzfristige Fremdenpolitik der SPÖ und ÖVP sind insbesondere in den Ballungszentren unzumutbare Lebensverhältnisse entstanden und die Interessen der Österreicherinnen und Österreicher ständig zu kurz gekommen. Der Innenminister analysiert zwar von Zeit zu Zeit die Verhältnisse und gibt Handlungsbedarf im Sinne der Einschränkung der Zuwanderung zu, aber leider bleibt es nur bei Analysen und Ankündigungen (wie z.B. umfassende Schubhaftreform, Rückführung der bosnischen Kriegsflüchtlinge...). Offensichtlich ist er nicht gewillt sich gegen den linken Teil seiner

Partei, der sich nicht an den faktischen Verhältnissen, sondern an ideologischen Aspekten und utopischen Träumereien orientiert, durchzusetzen.

Im Laufe der Zeit ist es durch das Nichthandeln der Koalition im Sinne einer für die Österreicherinnen und Österreicher tragbaren Fremdenpolitik zu den unzumutbaren Zuständen gekommen, die die unterfertigten Abgeordneten zu folgendem Entschließungsantrag veranlassen

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

“Die Bundesregierung wird aufgefordert, endlich eine konsequente Fremdenpolitik im Interesse der Österreicherinnen und Österreicher zu betreiben und dem Nationalrat innerhalb von drei Monaten entsprechende Regierungsvorlagen vorzulegen, die insbesondere folgende Maßnahmen vorsehen:

- sofortiger Einwanderungsstopp
- Aussetzung des Schengen Abkommens
- Abbau der illegalen Ausländer
- konsequente und effiziente Rückführung illegaler Migranten
- umfangreiche Schubhaftreform (mehr Schubhaftplätze, Zwangsernährung bei sich durch Hungerstreik freipressenden Schubhäftlingen)
- konsequentes Abschieben von straffällig gewordenen Ausländern und Aberkennung der aufschiebenden Wirkung für diese
- Abschaffung der Aufenthaltsverfestigung
- keine vorzeitigen Einbürgerungen
- strengere Maßnahmen gegen Scheinehen
- härtere Strafen für Schlepper
- befristete Absenkung der Höchstzahlen der Ausländerbeschäftigung für die Dauer der hohen Arbeitslosigkeit

- konsequente Grenzüberwachung und Grenzkontrolle der gesamten österreichischen EU - Außengrenze durch den Assistenzeinsatz des Bundesheeres
- effiziente Bekämpfung der organisierten Kriminalität
- gerechte Lastenteilung innerhalb der EU - Staaten (personeller und finanzieller Lastenausgleich)
- Sicherstellung bei allen Maßnahmen, daß es nicht zu einer EU - Osterweiterung kommt, daß nicht billige Arbeitskräfte aus den Ostländern zuwandern.”

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuß für innere Angelegenheiten beantragt.